



Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,
liebe Leserinnen
und Leser,

in dieser Woche haben wir weitere Maßnahmen zur Linderung der Folgen der Corona-Pandemie beschlossen. Auch können wir alle inzwischen von Lockerungen profitieren, nachdem wir mehrere Wochen die umfangreichen Einschränkungen erfolgreich eingehalten haben. Das zahlt sich jetzt aus. Allerdings haben nicht alle Länder diese Pandemie von Anfang an so ernst genommen. Auf die unterschiedlichen Herangehensweisen und den unterschiedlichen Erfolg in einigen Ländern habe ich am Freitag in der Debatte über die „Weltweite humanitäre Lage in der Corona-Krise“ hingewiesen. Mehr dazu auf den nächsten Seiten.

Im Bereich freiwilligen Engagements setzt sich immer mehr die Digitalisierung durch, wie aus dem Dritten Engagement Bericht hervorgeht, den das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen

und Jugend (BMFSFJ) diese Woche vorgelegt hat. Dabei hat sich gezeigt, dass sich junge Menschen zwischen 14 und 27 Jahren immer stärker auch digital freiwillig einbringen. 30 Prozent der jungen Engagierten verfolgen das Ziel, die digitale Welt zu einem besseren Ort zu machen.

Für etablierte Vereine, Verbände und Organisationen bedeutet das, dass sie moderne Beteiligungsangebote – auch digitale – schaffen müssen, um für junge Ehrenamtliche attraktiv zu bleiben. Die Corona-Krise zeigt die Chancen digitaler Vereinsarbeit. Videokonferenzen und digitale Tools machen die Zusammenarbeit und Vereinbarkeit mit Kindererziehung und Pflege möglich. Das bringt neue Chancen der Teilhabe für Menschen im ländlichen Raum, mit Familienverantwortung oder mit Einschränkungen und Behinderungen. Die Möglichkeiten dafür sollten nicht nur auf die Zeit der Krise beschränkt bleiben, sondern - im Gegenteil - noch ausgebaut werden.

Eine wichtige Unterstützerrolle kann hier die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt spielen, die der Deutsche Bundestag Anfang des Jahres auf den Weg gebracht hat. Als eine Aufgabe der Stiftung haben wir festgelegt, dass sie Innovationen im bürgerschaftlichen Engagement und Ehrenamt fördern soll – schwerpunktmäßig im Bereich der Digitalisierung.

Blieben Sie alle gesund und helfen Sie dabei, dass andere gesund bleiben.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen.

Herzlichst Ihr

Pandemie belegt Notwendigkeit globalen Handelns

Heute (15.05.2020) hielt ich eine Rede zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf die weltweite humanitäre Lage und deren Missbrauch durch autokratische Regierungen zur Einschränkung von Menschenrechten.

Die aktuellen Zahlen zur Corona Entwicklung gehen weiter nach oben, die John Hopkins Universität meldet heute (15.05.2020):

„Das Institut spricht von bislang 302.452 Toten durch die Pandemie. Insgesamt seien derzeit fast 4,5 Millionen Fälle auf der ganzen Welt bekannt. Fast 1,6 Millionen Menschen haben sich demnach nach einer Infektion wieder erholt“.

Am 12.03.2020 erklärte die (WHO) den Covid-19-Ausbruch zur Pandemie. Die globale Ausbreitung der Covid19 Pandemie provoziert den Vergleich, wie sich die Pandemie in anderen Ländern auf unserer Erde entwickelt und welche Bewältigungsstrategien die Regierungen betroffener Länder suchen und daraus Erkenntnisse für das eigene politische Handeln finden.

Eine permanente kritische Betrachtung auch der eigenen Maßnahmen ist unerlässlich, weil wir ein lernendes System sein müssen. Erst die Freiheit des Denkens, der Wissenschaft, der Bewegung, der wirtschaftlichen Betätigung, die Freiheit der Medien, zum politischen Diskurs und

auch zur Demonstration ermöglichen eine optimale Entwicklung der Gesellschaft. Die Bewältigung der Bedrohung durch den Covid-19 Virus zeigen auf, wie gefährlich das Zurückhalten von relevanten Informationen oder deren Manipulation sind und wie Transparenz und nachvollziehbare Begründungen Menschen motivieren können. Wir lernen an Covid-19, wie sehr alle Betroffenen Länder dieser Erde auf zweckdienliche, wahrhaftige Informationen und einen



ehrlichen Dialog untereinander und mit ihrer Bevölkerung angewiesen sind. Wir stellen fest, wie sehr eine strategische Zusammenarbeit und Koordination im Rahmen der WHO alternativlos für eine vernetzte, interaktive Schadensbegrenzung sind.

Wie wird es wirtschaftlich und sozial in Deutschland und in der Welt weitergehen? Werden wir als Exportnation noch so viel Mehrwert und Steuereinnahmen generieren, um den gewohnten Lebensstandard annähernd zu erhalten, geschweige denn die Schutzschirme über alle bedrängten und um Hilfe Rufenden halten

können?

Zahlen von gestern: 316 Milliarden Steuermindereinnahmen dazu geplante und bereits verfügte Mehrausgaben plus Schulden von bisher ca. 1,8 Billionen Euro müssen refinanziert werden. Deutschland lebt vom Export. Werden unsere Kunden in den durch Pandemie geschwächten Ländern noch Importe unserer hoch veredelten Produkte bezahlen können?

Wir müssen auch die wirtschaftliche Situation in den europäischen Ländern im Blick behalten und ein gemeinschaftliches und im eigenen Interesse auch solidarisches Handeln als notwendig begreifen.

Die Parole, Deutschland zuerst den Deutschen, stimmt faktisch und sachlich nicht mehr. Auf Gedeih oder Verderb sind wir als Menschheit global aufeinander verwiesen. So ist es richtig, wenn wir als Abgeordnete über unsere nationalen Grenzen hinaus schauen. So z.B. die gestern beschlossene Ermächtigung des Europäischen Sozialfonds, um die Entwicklungsländer bei der Bewältigung der Folgen der Pandemie konsequent unterstützen.

Neben der ökologischen und wirtschaftlichen Verflochtenheit und Abhängigkeit zeigt uns jetzt auch der Virus, der trotz intensivster Grenzkontrollen alle Grenzen überwindet, wie sehr wir auf gemeinschaftliches Handeln auf unserer Erde verwiesen sind. In der gegebenen Situation begreifen wir einmal mehr - oder endlich -, dass glo-

Fortsetzung meiner Rede

bales Handeln für uns auch in Deutschland zum Erhalt unseres guten Lebens unabdingbar wird.

Wir verstehen durch die Pandemie, dass gemeinsames und solidarisches Handeln im globalen Verbund nicht mehr nur ein moralisches Gebot ist, sondern dass dieses für uns zur Existenzfrage wird. Diese Erkenntnis muss unser politisches Handeln bestimmen. Das müssen wir mit all unseren Kräften und Möglichkeiten den Menschen in unserem Lande plausibel machen.

Die Einschätzungen der Ausbreitung von Covid-19 lagen in vielen Ländern weit auseinander: von schnellem und konsequentem Handeln mit entsprechenden Maßnahmen bis zu Repression und Vertuschung der Infizierungsfälle und dem Unwillen, den Ernst der Stunde wahrzunehmen.

China: Virus zunächst massiv unterschätzt

In China, wo der Virus ausbrach, liegt nach heutigem Stand die Zahl der Infizierten bei 82.900, das sind sechs Fälle pro 100.000. China hat bis heute 4.633 Todesfälle zu verzeichnen, 0,3 Todesfälle pro 100.000 Einwohner.

Die warnenden Worte eines Arztes aus Wuhan schon im letzten Dezember wurden zum Verstummen gebracht. Die KP-Führung ließ in den Forschungseinrichtungen noch im Januar alle Tests abbrechen, alle Proben vernichten und verhängte eine Pres-

sesperre.

Am 20.1. bestand kein Zweifel mehr, dass das Virus von Mensch zu Mensch übertragbar ist. Doch erst dann forderte der chinesische Staatschef die zuständigen Behörden auf, einer weiteren Ausbreitung der Epidemie entschieden zu begegnen. Seit Beginn der Kenntnis über die Existenz eines neuen Virus wurde in China wertvolle Zeit verspielt. Die Gefahren der Ansteckung und einer rasanten Verbreiten der neuen Krankheit wurde massiv unterschätzt. Der Staatsführung war die Kontrolle der öffentlichen Meinung prioritär. Zwangsmaßnahmen wie die Sperrung ganzer Städte mit rigider Isolation der Menschen gehören zu eindämmenden Maßnahmen wie z.B. die sogenannte Health Code Apps, in die Bürger ihre Gesundheitsdaten eingeben müssen. Zusammen mit automatisch generierten Bewegungsprofilen, errechnete die KI die individuelle Wahrscheinlichkeit einer Infektion: von Grün für keine Gefahr, über Orange bis Rot mit Folge sofortiger sanktionierter Quarantäne.

Iran: Vertuschung und Verharmlosung

Infizierte gesamt: 112.725. 137,8 pro 100.000. Todesfälle: 6.783. Todesfallindiz 8,3. Schon im März 2020 gehörte der Iran neben China, Südkorea und Italien zu den am stärksten betroffenen Staaten.

Der Bericht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vom

5. April 2020 nannte 3.452 Todesfälle und damit mehr Todesfälle als in China. Allerdings bezweifelte die iranische Regierung die Zahlen der WHO. Präsident Rouhani versucht die Zahl von Infizierten zu mindern und die Covid-19-Epidemie zu verharmlosen bzw. zu vertuschen. Engpässe vor allem bei Medikamenten, lassen wütende Menschen auf die Straße gehen. Gefangene brechen aus Gefängnissen aus, um einer Ansteckung zu entgehen, und werden auf der Flucht erschossen. Das einzelne Menschenleben zählt nicht, der Machterhalt des Mullah-Regimes hat Vorrang.

Taiwan: Katastrophenplan seit SARS-Epidemie 2003

Das Land hat bis heute nur knapp 2 Fälle pro 100.000 Einwohner und insgesamt 7 Todesfälle gemeldet. Von 440 Infizierten sind 375 Menschen bereits genesen. Durch die geografische Nähe zu China und die hohe Pendlerzahl von 1,5 Millionen Taiwanern, die in China arbeiten, wären die Voraussetzungen für eine massive Ausbreitung des Covid-19-Virus gegeben. Es gab keine Ausgangsbeschränkungen. Universitäten, Schulen, Restaurants und Geschäfte, Fitnessstudios blieben geöffnet. Seit Beginn der Krise im Januar wurde intensiv getestet. Aus der Sars-Epidemie 2003 hat das Land gelernt, sich auf zukünftige Epidemien einzustellen. Taiwan hat systematisch Katastrophenpläne erstellt und eine institutionelle Struktur entwickelt.

Martin Patzelt, MdB

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak
Skrollan Olschewski
Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746
martin.patzelt.ma05@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Beeskow

Breite Straße 40
15848 Beeskow
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Sie können den Newsletter
direkt über die Homepage
abonnieren, oder senden Sie
uns eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Fortsetzung meiner Rede

Bereits Mitte Januar machten zwei Virologen aus Taiwan nach dem Besuch in Wuhan die WHO darauf aufmerksam, dass das Virus von Mensch zu Mensch übertragbar ist und nahmen den „Worst Case“ an.

Am 25. Januar schloss Taiwan seine Grenzen für Besucher aus der Volksrepublik China, Hongkong und Macau. Gleichzeitig erarbeiteten die Behörden eine

Datenbank, die die Informationen der Gesundheitsbehörde mit denen der Einwanderungs- und Zollbehörde zusammenfasste. So konnte man die Reiserouten, Kontaktwege und Krankheitssymptome jedes Einreisenden nachverfolgen und damit zu einem sehr frühen Zeitpunkt – durch strafbewehrte Quarantänemaßnahmen für Personen mit Ansteckungsverdacht – die Infektionsketten unter-

brechen. Derzeit hat Taiwan die Infektionsketten unter Kontrolle. Eine umfassende und transparente Berichterstattung sorgte dafür, dass die Bevölkerung die Aufforderungen der Regierung ernst genommen und auch ohne offiziellen Lockdown ihre Alltagsaktivitäten runtergefahren hat. Der wirtschaftliche Schaden ist bisher bedeutend geringer als in anderen südostasiatischen Staaten.

Intransparentes Abwahlverfahren – keine Sternstunde der Demokratie

Am 16. April 2020 wurde ein Abwahlantrag gegen den parteilosen Amtsdirektor Danny Busse des Amts Brieskow-Finkenheerd eingebracht. Eine Begründung für diesen Antrag fehlt und auch die Unterzeichner haben Stillschweigen über die Hintergründe der Abwahl vereinbart. Am 28. Mai 2020 soll über den Abwahlantrag ohne vorherige Nennung der Gründe und eine Stellungnahme des Amtsdirektors abgestimmt werden.

Dazu erklärt der CDU-Bundestagsabgeordnete des Landkreises Oder-Spree Martin Patzelt:

Verschiedentlich von Bürgerinnen und Bürgern aus meinem Wahlkreis angesprochen, möchte ich nachdrücklich mein Unverständnis über die Form des Abwahlbehrens des Amtsleiters in Brieskow-Finkenheerd ausdrücken.

Kein einfach denken der Mensch kann nachvollziehen, dass ohne jegliche öffentliche Begründung ein Amtsleiter abgewählt werden und selbst der Betroffene, trotz seiner Bitte, vor der Abwahl keine Erklärung zu den Gründen erhalten und ihm keine Möglichkeit der Stellungnahme

eingedrückt werden soll. Dabei würde diese Abwahl Mehrkosten in Höhe von mehr als 250.000 Euro für das Amt verursachen.

Dieses Verfahren ist zwar rechtlich nicht zu beanstanden, aber weder moralisch noch politisch nachvollziehbar. So sollte man nicht mit Menschen, die sich in den Dienst des Gemeinwohls stellen, umgehen. Auch für Bürgerinnen und Bürger, die die Mehrkosten dieser Entscheidung tragen müssen, ist ein solch intransparentes Verfahren eine Zumutung. Eine Sternstunde der Demokratie ist es keinesfalls.